

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage *Leben, Wissen, Kunst* sowie *Frankenwelt* und *Jugend* einschließlich *Bringerlohn* monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltigen Zeitspalten mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 36.

Dresden, Montag den 14. Februar 1916.

27. Jahrg.

## Elbassan von den Bulgaren besetzt. — Deutscher Sturmangriff bei Zahure. — Briands italienische Erfolge. — Luftangriff auf Ravenna. — Die Franzosen am Wardar.

### Reichspolitik und preußischer Landtag.

Der Staatshaushaltsauschuß des preußischen Abgeordnetenhauses hat sich in der vorigen Woche tagelang und in vertraulichen Beratungen mit politischen Fragen beschäftigt, und zwar, wie sich jetzt herausstellt, nicht nur mit der Handhabung des Belagerungszustandes, sondern auch mit der Führung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, besonders gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Während der Ausschuß über seine sonstigen Beratungen, die sich auf die kriegswirtschaftlichen Fragen erstrecken, durch einen Unterausschuß der Öffentlichkeit Bericht erstatten ließ, ist über die Beratung der auswärtigen Politik ein Bericht nicht erschienen. Nachdem die *Deutsche Zeitung* an die neutralen Staaten über die Behandlung bewaffneter Kaufschiffe als Kriegsschiffe und die Verfügungen des Reichskanzlers und des Unterstaatssekretärs Zimmermann über unser Verhältnis zu Nordamerika, die sie gegenüber einem nordamerikanischen Journalisten getan hatten, veröffentlicht waren, ging der Staatshaushaltsauschuß des preußischen Abgeordnetenhauses dazu über, den von ihm gefaßten Beschluß der Öffentlichkeit zu übergeben. Der von uns im Wortlaut bereits mitgeteilte Beschluß lautet dahin, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses ersucht werde, dem Ministerpräsidenten von der Auffassung der Kommission Mitteilung zu machen, daß die Kommission es im Interesse des Landes für schädlich erachtet würde, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in unserer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootskrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe.

Daraufhin ist an der Spitze der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine halbamtliche Erklärung erschienen, wonach die gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Regierungsvorgängers beschlossene Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses den Eindruck erwecken würde und müsse, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen. Es wird weiter hervorgehoben, daß die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags gehöre, die Kriegsführung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen könne, und es wird angekündigt, daß der Reichskanzler in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen werde.

Diese in dem Regierungsblatt veröffentlichte Erklärung wird in der gesamten Presse besprochen. Während die fortschrittliche Presse der in der Regierungserklärung enthaltenen Auffassung mehr oder weniger entschieden zustimmt, verurteilt die Presse der konservativen Parteien diese Auffassung als unrichtig nachzuweisen und dem preußischen Abgeordnetenhause das Recht zuzuschreiben, auch die auswärtige Politik zu besprechen. Uebereinstimmend wird von diesen Blättern erklärt, daß das Parlament des größten Bundesstaates einfach die Lücke ausfülle, die durch die Verlagerung des Reichstags entstanden sei, und daß zu einer Zurückweisung des Kommissionsbeschlusses um so weniger Anlaß gegeben sei, als dieser Beschluß ja der Haltung, die die Reichsregierung nach den Erklärungen Bethmann-Hollweg und Zimmermann einnehme, rückhaltlos zustimme; es wird bei dieser Gelegenheit auch bedauert, daß die deutsche Regierung es durch die Bindung der öffentlichen Meinung sogar ablehne, die öffentliche Meinung in den Dienst ihrer Politik zu stellen. Dieses letztere Argument kann für die Verdrängung der Angelegenheit ruhig beiseite gelassen werden. Als besondere Verteidiger der Freiheit der öffentlichen Meinung hat man bisher die rechtsstehenden Parteien nicht kennen gelernt.

Es steht jedoch hervor, daß mit dem Beschluß der Abgeordnetenhauptausschuß eine bloße Zustimmung zur Regierungspolitik gar nicht beabsichtigt gemeint sein kann; denn diese Zustimmung, auf die es nach dem verfassungsmäßigen Zustand gar nicht ankommt, hätte durch Schweigen oder unterweg auch durch direkte Mitteilung der Meinung der Kommission an den Reichskanzler erfolgen können. Die Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses war zweifellos ein demonstratives Hervortreten der preußischen Reaktion.

Die Konservativen sind seit langem unzufrieden mit der Politik des Reichskanzlers. In der Kriegspolitik fürchten sie, daß die Feder berührt, was das Schwert erwidert. Oder sie stellen sich doch, als befürchten sie dies. Denn die Hauptsache ist, daß der Reichskanzler in der inneren Politik ehrlich die angelegte Reorientierung herbeiführen werde. So sammeln sich allerlei Anlässe, die das Vorgehen mit der unverfennbaren Spitze gegen den Reichskanzler bewirkt haben. Man macht das natürlich mit der außerordentlichen Gewandtheit, wie sie den Hebelbrand und Heddy eignet. Man erklärt, daß man doch lediglich Zustimmung zu den neuen Maß-

(B. I. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Februar 1916.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Die lebhaften Artilleriekämpfe dauerten auf einem großen Teile der Front an. Der Feind richtete nachts sein Feuer wieder auf Lens und Dievin.

Südlich der Somme entwickelten sich heftige Kämpfe an einem vorstehenden erweiteren Sappenkopf unserer Stellung. Wir gaben den umfassenden Angriffen ausgehenden Graben auf.

In der Champagne wurden zwei feindliche Gegenangriffe südlich von St. Marie-aux-Mines glatt abgewiesen. Nordwestlich von Zahure entfielen wir den Franzosen im Sturm über 700 Meter ihrer Stellung. Der Feind ließ 7 Offiziere, über 300 Mann gefangen in unserer Hand und löste drei Maschinengewehre, fünf Minenwerfer ein. Die Handgranatenkämpfe östlich von Maison-de-Champagne sind zum Stillstand gekommen.

### Elbassan besetzt.

† Sofia, 13. Februar. Das bulgarische Hauptquartier gibt bekannt: Die bulgarischen Truppen haben gestern Elbassan besetzt. Die Bevölkerung bereitet ihnen einen sehr warmen Empfang; die Stadt war beslaggt.

### Erweiterte türkische Dienstpflicht.

Konstantinopel, 14. Februar. Die Regierung hat in der Sommer einen Gesetzesentwurf eingebracht, durch den die militärische Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahre ausgedehnt und die Befreiung vom Militärdienst durch die Zahlung einer Laxe eingeschränkt wird.

### Französischer Bericht.

Paris, 14. Februar. Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend: Am 13. Februar war der Tag bemerkenswert durch eine Reihe deutscher Angriffe von der Höhe 140 bis zur Straße von Neuville nach La Halle. Am Morgen war der erste Versuch westlich der Höhe 140 vergeblich. Am Nachmittag griff der Feind noch eine heftigen Beschließung unserer Stellungen vier verschiedene Punkte unserer Front an. Drei von diesen Angriffen wurden durch unser Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie glatt angefallen. Im Laufe des Tages gelang es dem Feinde, in unseren Graben in der ersten Linie westlich von der Höhe 140 einzudringen. Er wurde durch einen sofortigen Gegenangriff, der ihm wertvolle Verluste an Toten und Verwundeten beibrachte, daraus wieder vertrieben. Ein deutscher Flugzeug, das von unseren Batterien beschossen worden war, fiel bei Hammes, östlich von Eivendy, herab.

nahmen der Regierung gegenüber Amerika und in der U-Bootsfrage ausgesprochen habe. Tatsächlich wollte man den Anschein erwecken, als ob es erst des konservativ-alexandrischen Antriebes bedürftig hätte, um eine energische auswärtige Politik durchzuführen. Daß der Reichskanzler sich gegen diese Methoden der im Dreiklassenhause herrschenden Parteien wendet, ist begreiflich und durchaus berechtigt.

Wir können es vollkommen verstehen, wenn die Reichsregierung schon den Anfängen des Bestrebens widersteht, ihre auswärtige Politik zum Gegenstand der Beratungen im preußischen Landtag zu machen. Was ihm recht ist, müßte natürlich allen anderen deutschen Einzelstaaten billig sein; denn wenn auch Preußen der führende Bundesstaat ist, so räumt doch die deutsche Reichsverfassung dem preußischen Landtag durchaus nicht irgendeine Sonderstellung unter den Landtagen der deutschen Bundesstaaten ein. Mit demselben Recht wie der preußische Landtag könnte auch der bayerische — der bayerische Landtag ist jetzt versammelt und in ihm könnte vielleicht aus dem Voritz Vahrens im Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten ein besonderes Recht zur Einmischung gefolgert werden — der sächsische, württembergische, die Hamburger Bürgerchaft und alle die anderen Landtage über die auswärtige Politik des Reiches beraten, und wenn auch die Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses nicht so weit gegangen ist, etwa die Reichsregierung zur Teilnahme an ihren Verhandlungen zu laden — wenigstens ist nicht von einem solchen Versuch bekannt —, so würde doch in weiterer Konsequenz des Verhaltens des Landtags ein so reger Schriftwechsel zwischen einzelnen Landtagen und dem Reichskanzler über Fragen der Reichspolitik eintreten können, daß hierdurch nicht nur die Zeit der leitenden Stellen im Reich mit Beschlag belegt, sondern auch noch nicht abzusehende weitere Folgen für die staatsrechtlichen Zustände im Reich mit der Zeit entstehen könnten.

Es ist ganz genau festgelegt, in welchen Dingen sich der bundesstaatliche Charakter des Reiches ausdrückt und auf

Südlich von Diffe (östlich von St. Die) zerstörten wir durch eine Sprengung einen Teil der feindlichen Stellung.

Bei Obersepe (nahe der französischen Grenze nordwestlich von Bist) nahmen unsere Truppen die französischen Gräben in einer Ausdehnung von etwa 400 Meter und wiesen nördliche Gegenangriffe ab. Einige Dutzend Gefangene, zwei Maschinengewehre und drei Minenwerfer sind in unsere Hand gefallen.

Die deutschen Flugzeuggeschwader griffen Bahnanlagen und Truppenlager des Feindes auf dem nördlichen Teile der Front an.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Abgesehen von einigen für uns erfolgreichen Patrouillengefahrten hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

### Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

### Oberste Heeresleitung.

Ostlich der Straße von Zahure nach Somme-Bay hat der Feind in einigen Teilen unserer vorgeschobenen Stellungen Fuß gefaßt.

### Lebhafte Tätigkeit bei Dünaburg.

Petersburg, 13. Februar. Amtlicher Heeresbericht. Westfront: Im Abschnitt von Riga, in der Gegend von Özi und Beresimbe, lebhafter Artilleriekampf. Unsere Artillerie rief beim Feinde in der Nähe von Ezer (4 Kilometer südwestlich Dergail) eine Explosion hervor. In der Nähe von Jalkshof verjagten deutsche Abteilungen sich unseren Gräben westlich Besehof zu nähern. Jedoch unsere Abteilungen warfen sie durch Gegenangriff zurück. Im Abschnitt von Dünaburg war das Gewehrfeuer am lebhaftesten bei Illuzi, wo die Deutschen Handgranaten mit giftigen Gasen warfen. Der Versuch der Deutschen, das Dorf Garumotola zu umzingeln, das wir schon weggenommen hatten, wurde durch unser Kreuzfeuer abgewiesen.

### Einbruch in eine Sperrasse.

Hannover, 14. Februar. (Privattelegramm.) In einer Aushalle der südlichen Sperrasse wurde heute nach ein Einbruch verübt. Der Beschädigte wurde mit dem modernsten Werkzeugen geöffnet und sein Inhalt im Betrage von 27 000 Mark entwendet. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

### Vier Kinder durch ein Schrapnell getötet.

Wien, 14. Februar. (Privattelegramm.) Der Morgen meldet: Im Hause Weichurmstraße 26 spielten vier Kinder mit einem blindgegangenem Hausminen-Schrapnell, das ein Krieger aus dem Felde mitgebracht hatte. Das Geschöß fiel zu Boden und explodierte. Vier Kinder wurden tödlich, eine Frau leicht verletzt sowie mehrere Wohnungen beschädigt.

welchen Gebieten Deutschland als ein einheitliches Reich aufzutreten hat. Wir können nicht wünschen, daß die Zuständigkeit des Reiches zugunsten der Einzelstaaten gemindert werde. Der Aufgabekreis des Landtags des größten deutschen Bundesstaates ist ein ganz gewaltiger und er hat darüber hinaus Fragen zu lösen, die unbestrittenermaßen zu seiner Zuständigkeit gehören und von deren entsprechender Lösung nicht nur nach unserer Meinung, sondern auch nach den Worten der letzten Thronrede sehr viel für Deutschlands Zukunft abhängt. Der preussische Landtag wird gut daran tun, seine ganze Kraft in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen, dem Reiche aber zu lassen, was des Reiches ist.

Die Note der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung lautet wie folgt:

Zu dem heute veröffentlichten Beschluß der Staatshaushaltskommission des Hauses der Abgeordneten über die Verhandlungen mit Amerika und die Führung des Krieges zur See haben wir folgendes zu bemerken:

Es ist erklärlich, daß die Kommission das Bedürfnis empfindet, daß, in so erster Zeit die alle Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik in ihrem Schoße verhandelt zu werden. Die gegen den ausschließlichen Einspruch eines Vertreters der kaiserlichen Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung indessen wird und muß den Eindruck erwecken, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen.

Diese Veröffentlichung zwingt uns, festzustellen: Die Stellung der auswärtigen Politik und der Kriegsführung ist ausschließlich der ausschließlichen Reichsregierung vorbehalten. Während die Oberste Heeresleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags. Der Reichskanzler, der heute früh aus dem großen Hauptquartier zurückgekehrt ist, wird, wie wir hören, in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen.